

Parteienbühne

Freie Liste fordert eine Erhöhung des Staatsbeitrags für die OKP

Wie jedes Jahr wird im Juni-Landtag wieder über den Staatsbeitrag an die Obligatorische Krankenversicherung (OKP) diskutiert. Die Freie Liste wird erneut einen Erhöhungsantrag stellen. Spüren würden den erhöhten Staatszuschuss alle Prämienzahlerinnen und -zahler im Portemonnaie – nämlich als Prämienreduktion. Folgt der Landtag dem Antrag der Freien Liste, wird der Staatsbeitrag von 33 Mio. Franken auf 43 Mio. Franken im Jahr 2018 erhöht. Folglich könnten die Prämien um 36.40 Franken pro Monat gesenkt werden. In den Jahren zuvor wurde der Staatsbeitrag markant beschnitten.

Die Prämienenkung könnte bei Geringverdienern die grösste Belastung abfedern. Sie sind es, die die Folgen der KVG-Revision besonders schmerzlich spüren. Denn wegen der Erhöhung des Selbstbehalts und der Franchisen zahlt heute mehr, wer eine medizinische Leistung braucht. Es hat also eine Kostenverschiebung zu den Kranken stattgefunden. Die Prämien der Krankenkassen sind nicht sozialverträglich ausgestaltet. Die Freie Liste hat im vergangenen Sommer eine einfache Initiative zu erwerbsab-

hängigen Krankenkassenprämien lanciert, die bei der Unterschriftensammlung viel Zuspruch vom Volk erfahren hat, aber vom Landtag abgeschmettert worden ist. Handlungsbedarf ist weiterhin gegeben: Gerade bei Familien, bei denen ein Elternteil nicht oder nur in Teilzeit berufstätig ist oder auch bei Senioren beteiligt sich der Arbeitgeber nicht an den Prämien. Unser Gesundheitssystem bestraft so indirekt Bevölkerungsgruppen, die wenig haben und zudem neuerdings auch Kranke.

Auch in der Schweiz sorgen die stetig steigenden Krankenkassenprämien und die sinkende staatliche Unterstützung für politische Diskussionen. Eine ansteigende Zahl von Geringverdienern kann ihre Prämien nicht mehr bezahlen, sodass der Staat dafür aufkommen muss. Der Gewerkschaftsbund hat ausgerechnet, dass sich die Prämien in den letzten 20 Jahren verdoppelt haben, während die Löhne nur um 11 Prozent gestiegen sind. Die Prämien hätten somit immer mehr den Charakter einer unsozialen Kopfsteuer bekommen. Der Gewerkschaftsbund und weitere Vereinigungen sowie die linken Parteien fordern deshalb in der

Schweiz immer lauter, dass die Prämien 8 bis 10 Prozent des Haushaltseinkommens nicht überschreiten dürfen. Es werden immer wieder Anläufe genommen, um die Prämien einkommensabhängig zu gestalten, wie jede andere Sozialversicherung auch. Am Sonntag haben beispielsweise die Kantone Aargau und Basel darüber abgestimmt, ob die Prämienvergünstigungen ausgeweitet werden. Denn dort passiert, was auch in Liechtenstein passiert: Der Kantonshaushalt bzw. Staatshaushalt wird zulasten von Sozialleistungen wie der Prämienreduktion saniert. Das Stimmvolk hat sich vorerst gegen weitere Prämienreduktionen ausgesprochen, gelöst sind die Probleme dennoch nicht – darin sind sich die Fachleute einig. In welcher Form die steigenden Gesundheitskosten abgedeckt werden, wird sicher weiter und noch intensiver diskutiert werden. Die Gesundheitskosten werden weiter ansteigen und zu einer erdrückenden Bürde für Geringverdiener und den Mittelstand werden. Dies gilt für die Schweiz genauso wie für Liechtenstein.

Eine Stellungnahme der Fraktion der Freien Liste

Parteienbühne

Zur VCL-Information: In Bendern-Haag gibt es in Zukunft keine separate Fahrradbrücke

Der VCL-Vorstand verbreitet im «Vaterland» und «Volksblatt» vom 24. Mai mit dem unwahren Titel «Auch für Bendern ist eine Fahrradbrücke vorgesehen» in einer Stellungnahme zu meinem Artikel in der «lie:zeit» vom 13. Mai – «Bravo Regierung! Oberland 4 : Unterland 0» – in Nichtkenntnis der Fakten oder ganz bewusst Desinformationen. Nein, VCL-Vorstand – die Aussage, dass auch in Bendern künftig eine Fahrradbrücke vorgesehen ist, ist falsch. Eine solche Täuschung und Irreführung der Leserinnen und Leser – insbesondere der Unterländer Bevölkerung – ist inakzeptabel.

Genau bei diesem Punkt liegt der Nonsens der Regierungsvorlage, im Liechtensteiner Oberland eine insgesamt 4. Fahrradwegbrücke zu realisieren und das Liechtensteiner Unterland bei der höchst verkehrsfrequentierten Rheinbrücke «Bendern-Haag» auszublenzen. Im Bericht und Antrag der Regierung an den Landtag betreffend die Realisierung einer 3. Fahrradwegbrücke innerhalb von nur 4900 Metern zwischen Schaan und Vaduz wird sinnlos aufgeführt, wie wichtig es

ist, auf der Höhe der «Rhein-au» (Luftlinie Höhe Liecht. Gymnasium) und der «Oberen Rüttigasse» (Verbindung zur Räfiser Rietlandschaft) eine weitere Velobrücke hineinzuquetschen. Die Arbeitspendler-Stöme beidseits des Rheins, die per Velo unterwegs sind, sollen hier gemäss Regierung innert kürzester Distanz einen weiteren Rheinübergang erhalten.

Und wie lauten die Ausführungen der Regierung zu einer potenziellen Fahrradwegbrücke in Bendern-Haag, wo diese 1. Fahrradwegbrücke im Liechtensteiner Unterland hingehören würde?

Zitat aus dem BuA der Regierung an den Landtag: «Beim Rheinübergang im Liechtensteiner Unterland im Bereich Bendern-Haag ist es technisch und betrieblich nicht sinnvoll, eine separate Rheinbrücke für den Langsamverkehr (sprich Fahrradwegbrücke) zu erstellen. An dieser Stelle ist die Langsamverkehrsquerung optimal.»

Das sind die Fakten! Im Rahmen der sogenannten 3. Generation des Agglomerationsprogramms will man sich beim Rheinübergang Bendern-Haag in weiterer Zu-

kunft zwar dem Langsamverkehr widmen, doch soll lediglich auf der bestehenden Rheinbrücke ein «besserer» Fahrradweg eingerichtet werden. Dies, obwohl auf der Rheinbrücke Bendern-Haag täglich durchschnittlich 16 500 Pkw und schwere Lastfahrzeuge durchdonnern.

Im Schlussbericht vom Juni 2012 an die Agglomeration sowie an die Regierungen in Vaduz, des Kantons St. Gallen und an den Bund in Bern wurde im Rahmen des Massnahmenkataloges zur Optimierung der Rheinübergänge als «kurzfristige Massnahme» eine «neue Radverkehrsbrücke» im Liechtensteiner Unterland beim «Knoten» Bendern-Haag als zwingend vorgeschlagen. Diese Forderung wurde jedoch in der Schublade tief versenkt und stattdessen wird im Liechtensteiner Oberland die 4. Fuss- und Fahrradwegbrücke erstellt. Es ist davon auszugehen, dass der Landtag diesen Regierungsantrag mit Kosten von 1 100 000 Franken an diesem sinnstehenden Standort – wie so vieles – durchwinkt.

Eine Stellungnahme von Johannes Kaiser, FBP-Landtagsabgeordneter

Leserbriefe

Was ist aus unserer Generation geworden?

Der Maturastreik 2017 der Maturanden des Liechtensteinischen Gymnasiums war Anstoss zum Schreiben dieses Textes. Am 24. Mai kam es am LG zu zahlreichen Sachbeschädigungen bei der Durchführung des diesjährigen Maturastreiks. Ohne irgendein Gefühl für Wert und Eigentum wurden diese Taten begangen. Was war oder ist der Auslöser für solche Vorgehen? Sind es die Erziehung, das Schulsystem oder vielleicht sogar die Medien, die immer häufiger von solchem Aufbegehren berichten? Es ist schwierig, solch eine Frage in nur so wenigen Worten zu beantworten.

Das grösste Problem meiner Generation ist wahrscheinlich, dass wir keine Probleme mehr kennen, wir nie in existenzieller Not waren! Jede Wertvorstellung und der Respekt vor Eigentum sind dadurch verloren gegangen.

Auch das Schulsystem hat Wesentliches zu diesem Verhalten beigetragen. Egal wie sich ein Schüler verhält, er kommt ganz bestimmt durch, auch wenn sich die Eltern einmischen müssen. Und das weiss der Schüler.

Es ist an der Zeit, ein Exempel zu statuieren, um uns wieder auf den Boden der Tatsachen zurückzuholen. Auf den Boden, auf dem wir uns schon lange befinden sollten. Einen Boden von Autoritätsgefühl, Respekt und Wertschätzung.

Man sollte nicht zu zimperlich mit der heutigen Generation umgehen. Besser erkenne

ich jetzt, dass es so nicht weitergeht, als das ich dies erst im «richtigen Leben» tue, auch wenn ich das wahrscheinlich erst viel später realisieren werde.

Jonas Eberle
Chalberrütistrasse 31, Triesenberg

Flüchtlingspolitik kein Bezug zu Liechtenstein?

Mit Verwunderung wurde mir nach dem Einsenden eines Leserbriefes von Herrn Schifferle kommuniziert, dass mein Leserbrief, der sich mit der Thematik des Flüchtlingsexodus aus Libyen und des Schleppergeschäftes befasst, mit Liechtenstein nichts zu tun habe und der Leserbrief nicht veröffentlicht werde. Ich danke, Herr Schifferle erkennt die Situation. Liechtenstein hat sich vor einem Jahr zum Umverteilungsabkommen der EU bekannt. Das heisst, es kamen aus dem Kontingent von 160 000, das es umzuverteilen galt, auch eine Anzahl von Flüchtlingen nach Liechtenstein. Die meisten europäischen Länder haben kein Interesse mehr daran, Flüchtlingen aufzunehmen.

Mittlerweile ist ein Massenexodus aus Libyen im Gange. Tausende von Afrikanern werden von Schlepperorganisationen auf die Reise nach Europa mittels Billigschlauchbooten aus China geschickt. Das Schlepperbusiness wird vom IS dominiert, der damit zwei Fliegen auf einen Streich schlagen kann. Es ist ein Leichtes, Terroristen nach Europa zu schleusen. Von

Flüchtlingen im eigentlichen Sinne kann man schon lange nicht mehr reden. Die Hilfsorganisationen holen die Flüchtlinge vor den Küsten Libyens ab und kooperieren mit der Schleppermafia. 97 % der Migranten kommen aus keinen Kriegsgebieten und fliehen nicht vor Krieg und Gewalt. Es kommen junge Männer aus Eritrea, Nigeria, Guinea, Elfenbeinküste Gambia, Senegal, Mali, dem Sudan und neuerdings aus Bangladesch. Der Ansturm dieser Migranten wird auch Liechtenstein tangieren. Die Kriminalitätsstatistik in Europa zeigt eine traurige Entwicklung. Vergewaltigungen, Raubüberfälle und Gewalttätigkeiten nehmen in den europäischen Städten überhand. Auch Liechtenstein scheint vor diesem Aspekt nicht verschont zu werden. Erst vor Kurzem, so hört man munkeln, sei es im Flüchtlingsheim in Vaduz zu einer Vergewaltigung einer Schutzbefohlenen durch Afrikaner gekommen. Schweigen im «Blätterwald».

Ich frage mich, wer hier wohl einen Bezug zu Liechtenstein abstreitet. Die liechtensteinische Medienlandschaft scheint ebenfalls schon einen Maulkorb umgehängt bekommen zu haben. Die fadenscheinige Aussage von Herrn Schifferle ist bezeichnend für eine redaktionelle Arbeit, die Unangenehmes nicht thematisieren will, unter dem Motto: Uns betrifft es nicht. Oder ist es das Gutmenschentum, das auch in den Redaktionsstuben Liechtensteins Einzug gehalten hat?

Ulrich Hoch
Grüschaweg 11, Triesenberg



Wir wollen nicht traurig sein,
weil wir Dich verloren haben,
sondern dankbar,
dass wir dich gehabt haben.



In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von unserem geliebten Vater, Opa und Bruder

Markus (Max) Wachter

«Eichmeister»

24. April 1937 - 25. Mai 2017

Kurz nach seinem 80. Geburtstag ist er friedlich eingeschlafen.

Du wirst uns fehlen und wir werden dich immer in unseren Herzen tragen.

Die Zeit, die wir mit dir verbringen durften, wird uns unvergesslich bleiben.

In stiller Trauer:

Yvonne

Mario

Michael mit Sonja

René und Adèle

Melvin mit Raquel

Margot und Freddy

Alex und Agnes

Anverwandte, Freunde und Bekannte

Der Trauergottesdienst mit anschliessender Urnenbeisetzung findet am Mittwoch, 31. Mai 2017, um 10 Uhr in der Pfarrkirche Schaan statt.

Wir bitten, von Handkondolenz abzugehen.

Traueradresse: Yvonne Wachter, im Tröxle 25a, 9494 Schaan